

Bürgerprogramm BürgerForum Demografie



Foto: Stadt Oldenburg

Verantwortung.

Übermorgen jetzt!

Wir gestalten gemeinsam
den demografischen
Wandel in Oldenburg.

Das BürgerForum Demografie ist eine Initiative
der Stadt Oldenburg mit Unterstützung und
nach einem Konzept der Bertelsmann Stiftung.

Übermorgenstadt Oldenburg.
Gut für Menschen.



STADT OLDENBURG i.O.

Impressum

Die Bürgervorschläge und die Verlinkungen spiegeln die Meinungen der an dem Prozess beteiligten Bürgerinnen und Bürger wieder und stellen keine offizielle Position der Stadt Oldenburg dar.

Herausgeber:

Stadt Oldenburg, Der Oberbürgermeister
26105 Oldenburg

Am Prozess BürgerForum Demografie beteiligte Institutionen:

Stadt Oldenburg, Stabsstelle Demografie sowie weitere Ämter und Fachdienste

Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

mensch und region, Nachhaltige Prozess- und Regionalentwicklung, Hannover

DEMOS Gesellschaft für E-Partizipation mbH, Hamburg

nexum AG, Köln

iquer.net GmbH & Co. KG, Paderborn

Bürgerinnen und Bürger der Stadt Oldenburg

Stand: Juni 2014

Allgemeine Anfragen an die Stadt Oldenburg bitte an das ServiceCenter unter Telefon 0441 235-4444.

Inhalt

1 Ablauf des BürgerForums Demografie	6
2 Das Bürgerprogramm	7
2.1 Themenausschuss 1: Wohnen und Quartiersentwicklung	7
2.1.1 Bürgervorschlag 1: Quartiersentwicklung	7
2.1.2 Bürgervorschlag 2: Gemeinschaftliches Wohnen	9
2.1.3 Bürgervorschlag 3: Kreative Quartiersentwicklung	10
2.2 Themenausschuss 2: Öffentlicher Raum, Freizeit und Mobilität	12
2.2.1 Bürgervorschlag 1: Gestaltung der öffentlichen Verkehrsräume	12
2.2.2 Bürgervorschlag 2: Kreative, generationsübergreifende und barrierefreie Treffpunkte schaffen	14
2.2.3 Bürgervorschlag 3: Interkulturelle generationenübergreifende Kommunikation	17
2.3 Themenausschuss 3: Soziales und Gesundheit	18
2.3.1 Bürgervorschlag 1: Inklusion – Vielfalt sichtbar machen	18
2.3.2 Bürgervorschlag 2: Aufsuchende Beratung	19
2.3.3 Bürgervorschlag 3: „Hier ist meine Heimat, da bin ich zu Haus“	21
2.4 Themenausschuss 4: Arbeit und Beschäftigung	23
2.4.1 Bürgervorschlag 1: Schaffung sozialer Netzwerke	23
2.4.2 Bürgervorschlag 2: Arbeitgeber zum Thema demografische Entwicklung und Vielfalt	25
3 Mitwirkende der Auftakt- und Online-Werkstatt	27

Grußwort des Oberbürgermeisters



Foto: Thorsten Ritzmann

„Übermorgen jetzt! Wir gestalten gemeinsam den demografischen Wandel in Oldenburg“ – dieses motivierende Motto haben die engagierten Bürgerinnen und Bürger bei der Auftaktwerkstatt des BürgerForums Demografie ausgewählt. Es steht für viele Qualitäten, die ein gelungenes Gemeinschaftsprojekt ausmachen:

Teamwork/Teamgeist, Pro-Aktivität, Kreativität, Zielorientierung. Zudem glaube ich auch eine gewisse Begeisterung aus der Formulierung herauszulesen – und ich hoffe, dass ich damit richtig liege. Sie wird dem Prozess nämlich sehr gut tun.

Die Stadt Oldenburg ist eine von bundesweit nur fünf Pilotkommunen für das „BürgerForum“. Mit diesem Format leistet die Bertelsmann Stiftung methodische Unterstützung für Bürgerbeteiligungen in gesellschaftlich relevanten Themenfeldern. In fachlicher Eigenregie und mit Unterstützung der Stiftung führen die Kommunen die Foren zu einem selbst gewählten Thema durch. Aufgrund der hohen Bedeutung für unser zukünftiges Zusammenleben und der bereits geplanten Bürgerbeteiligung zur Erarbeitung eines Demografiekonzepts, widmen wir uns dem demografischen Wandel in Oldenburg. Für die zukünftige Entwicklung unserer Stadt stellen die (sozio-)demografischen Veränderungen eine der wesentlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dar. Zukunftsweisende, strategische Leitlinien wie der Stadtentwicklungsplan step2025, das Konzept der familienfreundlichen Stadt Oldenburg oder das Integrationskonzept berücksichtigen diesen Schwerpunkt bereits. Seit 2012 arbeitet die neu eingerichtete Stabsstelle Demografie, die auch den Prozess des BürgerForum Demografie organisiert und begleitet, an der Zusammenführung und Weiterentwicklung des

Bestehenden zu einem Oldenburger Demografiekonzept. Mit dem Seniorenservicebüro, dem kommenden Pflegestützpunkt, den Zentren der Gemeinwesenarbeit, den Angeboten des Gesundheits- und des Sozialamtes (zum Beispiel offene Altenhilfe) und vielen weiteren städtischen (und nichtstädtischen) Angeboten werden die individuellen Bedürfnisse der verschiedenen Altersgruppen konkret und praktisch adressiert.

Auch im Hinblick auf die Einbindung der Bevölkerung weist die Stadt Oldenburg bereits einen großen Erfahrungsschatz auf. Die Beteiligung der Oldenburgerinnen und Oldenburger ist in vielen Verfahren, zum Beispiel beim step2025 oder der Kinder- und Jugendbeteiligung, eine Selbstverständlichkeit. Das BürgerForum ist eine doppelte Gelegenheit für die Stadt Oldenburg – fachlich und methodisch. Zum einen erhalten wir mit dem Bürgerprogramm konkrete Handlungsvorschläge für die generationenübergreifende Gestaltung unserer Stadt, die an einer bereits sehr guten Basis in Oldenburg anknüpfen können. Besonders wichtig dabei: Die Handlungsvorschläge basieren auf einer Auswahl an Themen, die aus Sicht der beteiligten Bürgerinnen und Bürger besonders wichtig sind. Des Weiteren ermöglicht das Verfahren eine angemessen ausführliche und umfassende Diskussion der Vorschläge in zwei Präsenzveranstaltungen und einer fünfwöchigen Onlinewerkstatt. Dies ermöglicht qualitativ hochwertige und breit verankerte Ergebnisse, die anschließend mit den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung diskutiert werden. Dies stärkt die Beteiligungskultur in Oldenburg maßgeblich und führt zu einer verbesserten Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger. Das vorliegende Bürgerprogramm fasst die mehrwöchigen Diskussionen (online und offline) und die daraus resultierenden Vorschläge zusammen. Für die konstruktive, kreative Mitarbeit daran bedanke ich mich bei allen Bürgerinnen und Bürgern ganz herzlich. Dieses wertvolle Engagement ist keine Selbstverständlichkeit. Besonders möchte ich

den Bürgerredakteurinnen und -redakteuren danken. Sie haben die Diskussionen zusammengefasst und daraus die Texte mit den Vorschlägen erarbeitet.

Das BürgerForum war der gelungene Auftakt eines langfristigen Prozesses. Mit dem Ausruf „Übermorgen jetzt!“ sind wir erfolgreich gestartet – nun kommt das „gemeinsame Gestalten“. Ich hoffe, dass mit diesem Bürgerprogramm eine breite gesellschaftliche und politische Diskussion angestoßen wird – und dass wir einen wichtigen Meilenstein für die positive Gestaltung eines generationenübergreifenden Übermorgens gelegt haben.

Prof. Dr. Gerd Schwandner
Oberbürgermeister

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Gerd Schwandner'.

Prof. Dr. Gerd Schwandner
Oberbürgermeister

1 Ablauf des BürgerForums Demografie

Autoren: Stadt Oldenburg & DEMOS Gesellschaft für E-Partizipation mbH

Der demografische Wandel hat Folgen für nahezu alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebensbereiche. Er betrifft daher alle Oldenburgerinnen und Oldenburger – ob Jung oder Alt! Im BürgerForum wurden folgende vier Themenbereiche des demografischen Wandels diskutiert:

- Wohnen und Quartiersentwicklung,
- Soziales und Gesundheit,
- Öffentlicher Raum, Freizeit und Mobilität,
- Arbeit und Beschäftigung.

In der Einladungs- und Anmeldephase wurden die Bürgerinnen und Bürger informiert und gebeten, sich auf der Onlineplattform für die Teilnahme anzumelden. Teilnehmen konnte jede Oldenburgerin und jeder Oldenburger ab 16 Jahren. Auf der eintägigen Auftaktwerkstatt lernten sich die Teilnehmenden kennen und erarbeiteten gemeinsam zu vier demo-

grafischen Themenbereichen erste Ideen und Vorschläge. Anschließend wurden die Ideen und Vorschläge in die Onlinewerkstatt übertragen. In einer mehrwöchigen Diskussion konnten die Ideen und Vorschläge online kommentiert und bewertet werden. Am Ende der Onlinewerkstatt steht mit diesem Bürgerprogramm ein gemeinsamer Text, der die Ergebnisse der mehrwöchigen Diskussion präsentiert. Auf der halbtägigen Ergebniswerkstatt werden diese Vorschläge der interessierten Öffentlichkeit, der Politik und Verwaltung vorgestellt und diskutiert. Die dargestellten Bürgervorschläge sind inhaltlich und textlich in Eigenregie unter Federführung der Bürgerredakteurinnen und -redakteuren entstanden.



Ablauf des BürgerForums, Quelle: Stadt Oldenburg



2 Das Bürgerprogramm

Im Rahmen der Auftaktwerkstatt und der nachfolgenden Onlinewerkstatt wurden für die vier Ausschüsse Wohnen und Quartiersentwicklung (Ausschuss 1), Öffentlicher Raum, Freizeit und Mobilität (Ausschuss 2), Soziales und Gesundheit (Ausschuss 3) sowie Arbeit und Beschäftigung (Ausschuss 4) je drei oder zwei Bürgervorschläge erarbeitet.

2.1 Themenausschuss 1: Wohnen und Quartiersentwicklung

Auftaktwerkstatt: Generisches Teilnehmer-Profil, Marianne Brandt, Thomas Hinne, Karin Kleinfeld, Ulrich Mees, Marion Göhler, Jan Kalkmann, Uwe Erbel, Sigrun Spaeth, Wiebke Swart, Günter Kositzki, Peter von der Dovenmühle, Karin Müter, Carmen Tietjen-Müller, Angela Exner-Wallmeier, Margitta Terborg, Paul Behrens, volker paulo, Thomas Myslik, Nicole Wiegand, Franziska Breul, Simon Timmermanns, Rolf Bunjes, Martin Kubis, Helga Wilhelmer, marion kracke, jutta kahlke, Hans-Jörg Gastmann, Marie-Claire Lange, Anja Kolditz, ute Kaerner, Generisches Profil Teilnehmer 2

2.1.1 Bürgervorschlag 1: Quartiersentwicklung

Bürgerredaktion:
Rolf Bunjes und Nicole Wiegand

Kernbotschaft

Um die Stadt Oldenburg bei dem Thema Quartiersentwicklung voran zu bringen, schlagen wir vor, dass bei der Entwicklung von neuen Quartieren verschiedene generationsübergreifende Wohnformen entwickelt und kombiniert werden.

Begründung

Wir wollen damit erreichen, dass alle Generationen mehr Lebensqualität erfahren, zum Beispiel durch ein höheres Gemeinschaftsgefühl und mehr Selbstständigkeit/Selbstbestimmung.

Das gemeinschaftliche Wohnen hat im Alter eine besondere Bedeutung. Es vermittelt Sicherheit und Geborgenheit. Zugewandtheit, Aufmerksamkeit, persönliche Ermunterung und Ermutigung durch Bewohnerinnen und Bewohner im Quartier, vermitteln das Gefühl trotz Hilfebedürftigkeit weiter mitten drin zu leben. Leitbild: Im Alter miteinander leben.



Vorschlag im Detail

Unser Vorschlag setzt auf folgende Bausteine: Bei der Quartiersentwicklung sind folgende Aspekte der Stadtteilzentren zu sichern oder zu entwickeln:

- Infrastruktur: Wohnortnahe Versorgung, ÖPNV, Car-Sharing, Fahrradstraße, Fahrrad-Garage.
- Wohnen für weniger mobile Bevölkerungsgruppen.
- Barrierefreiheit: Barrierefreiheit einschließlich der Sinnesbeeinträchtigungen, auch für das Wohnumfeld. Bei Planung/Entwicklung ist der Einsatz einer Koordinierungsstelle „barrierefreies Bauen“ zu befürworten.
- Gemeinschaftsräume/-plätze: sollten ein Ort der Begegnung mit Aufenthaltsqualität, Stadtteilidentität, Nachbarschaft und Nähe sein.
- Soziale und gesundheitliche Dienstleistungen müssen in „Rollator-Entfernung“ erreichbar sein.
- Anlaufstelle für Wohnberatung/„Info Wohnkonzept Zukunft“: Informationsstellen sollten in den bestehenden und neu zu entwickelnden Quartieren eingerichtet werden, um für Interessenten „kurze Wege“ anzubieten. Einsatz durch Ehrenamtliche

- für unterschiedliche Bereiche, Vorstellung und Information neuer Wohnkonzepte und Wohnformen im Alter, Ansprechpersonen für Wohngemeinschaften, Nachbarschaftshilfe, Tagesbetreuung, Fortbildung und Qualifizierung von Alltagsbegleiter/-innen.
- Die urbane Qualität sollte erhalten bleiben.

Pro und Contra

Pro: unterschiedliche Handlungsansätze werden berücksichtigt, zum Beispiel spezielle Siedlungstypen, Neubau- und Konversionsflächen.

Contra: bestehende Siedlungsgemeinschaften haben bereits „ihr Quartier“, „ihr persönliches Dorf um sich“, helfen sich selbst und organisieren so das Gemeinschaftsleben.



2.1.2 Bürgervorschlag 2: Gemeinschaftliches Wohnen

Bürgerredaktion:
Thomas Myslik und Helga Wilhelmer

Kernbotschaft

Um die Stadt Oldenburg bei dem Thema Gemeinschaftliches Wohnen voran zu bringen, schlagen wir vor, dass vorhandene Wohnformen, Strukturen neu wahrgenommen und berücksichtigt und weiterentwickelt werden. Neue Wohnprojekte müssen: bezahlbar, barrierefrei und ökologisch sein.

Begründung

Wir wollen damit erreichen, dass alle Oldenburgerinnen und Oldenburger selbstbestimmt in der Gemeinschaft leben können. (Vielfalt der Wohnformen!).

Vorschlag im Detail

Unser Vorschlag setzt auf folgende Bausteine: Berücksichtigung und Förderung in der Stadtentwicklung, Förderung des Gemeinschaftsgedankens, „Olden-Bürger-Beteiligung!“

Umsetzung

Das BürgerForum Demografie hat den Wunsch vieler Oldenburgerinnen und Oldenburger nach mehr Gemeinschaft und demografiefreundlichen Wohnkonzepten bekräftigt. Sowohl die Quartiersentwicklung, alternative Wohnformen als auch bessere Beteiligung von organisierten Nachbarschaften, sollten von daher ins Bürgerprogramm aufgenommen werden.

Wichtige Bausteine sind:

- Nutzung und Einbindung vorhandener Strukturen zivilgesellschaftlicher Organisation wie Bürgervereinen, Siedlergemeinschaften, Straßen IGs und anderen.
- Förderung des Wohnens von Jung und Alt unter einem Dach oder in einer Nachbarschaft.
- Bessere Einbeziehung von organisierten Nachbarschaften in die örtliche Stadtentwicklung (Quartiersentwicklung).
- Unterstützung von Genossenschaften und Gemeinschaften, um bezahlbaren Wohnraum zu realisieren und zu erhalten.
- Unterstützung von Nachbarschaften bei der Gründung von organisierten Gemeinschaften.



- Ausbau der Beratung über alternative Wohnprojekte in Oldenburg.
- Information bei Kontakt mit der Verwaltung zum Beispiel bei Zuzug, Hauskauf oder -bau über Siedlergemeinschaften und anderen.

2.1.3 Bürgervorschlag 3: Kreative Quartiersentwicklung

Bürgerredaktion:
Franziska Breul und Simon Timmermanns

Kernbotschaft

Um die Stadt Oldenburg bei dem Thema kreative Quartiersentwicklung voran zu bringen, schlagen wir vor, dass generationsübergreifende Begegnungen und Miteinander außerhalb der eigenen vier Wände begleitet und gefördert werden, zum Beispiel in Treffpunkten, „Treffbänken“, „Quartiersstraßen“. Zur Organisation und Information soll ergänzend eine Internetpräsenz gepflegt werden.

Begründung

Wir wollen damit nachbarschaftliches und generationsübergreifendes Miteinander fördern. Durch Begegnung, gemeinsame Aktivitäten und gegenseitige Hilfestellungen soll die Lebensqualität aller Beteiligten erhöht werden.

Vorschlag im Detail

Unser Vorschlag setzt auf folgende Bausteine:

- Viele kleinräumige Treffpunkte in der ganzen Stadt.
- Kreatives Einbinden verschiedener Akteure: Finanziell (z. B. von der Stadt oder durch Fördergelder) unterstütztes Café als Anlaufstelle im Quartier ansiedeln. Die Unterstützung bedingt die Auflage, Raum und Angebote für die Quartiersstraße bereitzustellen.
- Vorhandenes Wissen (z. B. Vielfaltsmatrix der Fachstelle Inklusion der Stadt Oldenburg) nutzen, um ein buntes Publikum zu erreichen.
- Kommunikation: Organisatorisches via Internet. Dazu sollen auch ältere Menschen nach Möglichkeit mit der Nutzung von PC und Internet vertraut gemacht werden und technische Vorteile nutzen. Zusätzlich sollen alle Termine und Informationen am Treffpunkt verfügbar sein. Die persönliche Begegnung ist erstrangig.
- Die ergänzende, barrierefreie Internetpräsenz ist einheitlich gestaltet für verschiedene Treffpunkte in Oldenburg. Sie wird von den jeweiligen Beteiligten mit individuellen Inhalten gespeist. Sie dient auch dem Ziel, ein jüngeres Publikum einzubinden.

- Angebote:
 - ein Café als zentrale, verlässliche Anlaufstelle,
 - analoges „schwarzes Brett“ für Verhandlungen, Kontakte, Dienstleistungen, gegenseitige Unterstützung und Hilfeleistungen, Tauschen und Leihen,
 - darüber hinaus regelmäßige Veranstaltungen (Vorträge, Ausflüge, Feste ...).

Pro und Contra

Contra: Computer und Internet sind vielen älteren Menschen nicht zugänglich.

Pro: Durch Schulungen im Rahmen der Quartiersstraße können ältere Menschen an neue Technologien herangeführt werden und vom Nutzen profitieren. Dabei können die Alten von den Jungen lernen. Insbesondere jüngere Generationen werden motiviert, sich an der Quartiersarbeit zu beteiligen.

Contra: Das wird doch sicher teuer! Wer soll das denn bezahlen?

Pro: Wie beschrieben wird die Quartiersstraße in der Anfangsphase finanziell gefördert (Stadt, Projektgelder...). Das Ziel ist, dass das Café, das als zentrale Anlaufstelle dient, sich langfristig selbst trägt.

Umsetzung

Akteure:

- Stadt Oldenburg und gegebenenfalls Bürgervereine (Finanzierung),
- Café-Betreiber/in (Anlaufstelle, Programm und Organisation, in Zusammenarbeit mit...),
- Ehrenamtlichen (Programm, Organisation, Pflege der Internetpräsenz) und
- Bewohner (Beteiligung).



2.2 Themenausschuss 2: Öffentlicher Raum, Freizeit und Mobilität

Auftaktwerkstatt: Marlis Behrens, Marianne Garbe, Detlev Wiese, Ute Puls, Johanna Erfeling, Imke Brumund, Taibe(Mahbubeh) Mehrbani, Frank Fokke Eden, Meike Dittmar, Hans-Richard, Schwartz, Rudolf Terborg, Gunnar Helms, Manfred Murdfield, Michael Stadler, Manuela Schneider-Kintscher, Christiane Hagemann, Axel Kassner

2.2.1 Bürgervorschlag 1: Gestaltung der öffentlichen Verkehrsräume

Bürgerredaktion:
Michael Stadler und Ute Kaerner

Kernbotschaft

Um die Stadt Oldenburg bei dem Thema Gestaltung der öffentlichen Verkehrsräume voran zu bringen, schlagen wir vor, dass die Stadt dieses Thema (verschiedene Verkehrsformen) mit Bürgerinnen und Bürgern bewusst macht und im Konsens für den lebenswerten Stadtraum weiterentwickelt.

Begründung

Mobilität soll adäquat, emissionsfrei, sicher, Lebensraum schönend, barrierefrei, Ressourcen schonend, individuell, kooperativ zwischen den Generationen, interkulturell

möglich gestaltet werden. Barrierefreiheit kann dabei aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet werden. Aus dem Blickwinkel mobilitätseingeschränkter Personen sind in Oldenburg etwa die folgenden Aspekte relevant:

- Zu kurze Grünphasen von Fußgängerampeln an stark frequentierten Übergängen, zum Beispiel am Julius-Mosen-Platz oder am Theaterwall.
- Stolperfallen auf Gehwegen.
- Bordsteinabsenkungen, die sich nicht für die Nutzung mit Rollatoren eignen.
- Fehlende Plätze für Menschen, die einen Rollstuhl nutzen, in den Wartezonen am ZOB.
- Fehlende Querungshilfen zu den Bussteigen am ZOB.

Aus dem Blickwinkel von Fußgängern mit Kinderwagen:

Bordsteinabsenkungen, die sich nicht für die Nutzung mit Kinderwagen eignen.

Aus dem Blickwinkel von Fußgängern:

Ausreichende Zonen zum Hinsetzen, auch mit Bänken, die sich speziell für ältere Menschen eignen.

Vorschlag im Detail

Unser Vorschlag setzt auf folgende Bausteine:

- Netzwerke schaffen (zum Beispiel sharing-

- Modelle, neue „Technologien“/Formen). Eine Möglichkeit wäre etwa die Förderung von nachbarschaftlichem Teilen von Fahrzeugen: Kfz, Pedelec, E-Mobil. Dazu müssten Planungsmöglichkeiten entwickelt oder bereitgestellt werden, zum Beispiel Listen oder Online-Planungsmöglichkeiten (Google-Kalender, Doodle-Absprachen und so weiter).
- Demonstrationsprojekte initiieren, zum Beispiel (1) Einrichtung eines „Shared Space“. Ein solcher Shared Space ist der Versuch, dass sich ein Verkehr von alleine regelt, das heißt ohne Ampeln, Schilder, Bürgersteige, Zebrastreifen und ähnliches. Die Menschen müssen durch Achtung voneinander und Rücksichtnahme ihren Weg finden. Das klingt verrückt, fördert aber ungemein das Miteinander. Zurzeit hetzen alle los. Alle haben ihre Regeln und nutzen sie auch. Beim Share Space gibt es keine Regeln und man kommt nur miteinander zum Ziel. Verstärkte Gemeinsam-Nutzung würde auch nachbarschaftliche Nähe und Kommunikation bringen. Oder (2) Zur Gestaltung der öffentlichen Verkehrsräume noch eine Ergänzung: Einrichten einer E-Bike Station zum Ausleihen von E-Bikes mit Auflademöglichkeit in Kooperation mit dem Energieversorger EWE. Dies wäre ein attraktives Angebot für Oldenburg als Radfahrstadt für Jung und Alt an zentraler Stelle (zum Beispiel Waffenplatz oder in der Nähe). Oder (3) Gestaltung eines ausgesuchten Quartiers (dessen Einwohnerinnen und Einwohner dies alles unterstützen), dass es vom Autoverkehr nur umfahren werden kann; andere Verkehrsarten es jedoch auch passieren können. Hierdurch würde der Parkplatzsuchverkehr im entsprechenden Quartier wegfallen.
 - Barrierefreiheit sicherstellen/verbessern; Barrierefreiheitsbeauftragter.
 - „Klimagutschein“ – Belohnung von CO₂-Reduzierung-Emissionsschutz.
 - Angebote für die Entwicklung neuer Stadträume schaffen.

Pro und Contra

Pro: Lebenswerte Stadt durch adäquate Erreichbarkeit aller Zielpunkte für alle Bevölkerungsgruppen.

Contra: Schwierigkeit, alle betroffenen Gruppen mit einzubeziehen und damit berücksichtigen zu können.

Umsetzung

Prämissen für die Umsetzung sind

- Dass alle Menschen in der Stadt die Entwicklung des Stadtraumes mitgestalten – sei es im Nutzungsverhalten des offenzuhaltenden Angebotes oder in der Befürwortung eines intensiv erlebbaren Stadtraumes mit allen aktiven Gestaltungsräumen, sei es im Stadtklangraum mit Musikerinnen und Musikern, in Installationen, neuen Verkehrsmitteln (unter Umständen selbst gestaltet), in Urban-Gardening-Projekten, Gesprächen über Wohn- und Mobilitätsformen oder Arbeitsfreiräumen.
- Bewusstseinsbildungsprozess durch Gestaltungsworkshops (==> offenes Forum) unterstützen. Wichtig ist dabei der Austausch zwischen Laien und Fachleuten mit Umfrageaktionen aus denen Anforderungskataloge resultieren. Dabei können der Stadtraum in seiner gewachsenen Struktur und alle Möglichkeiten für Mobilität berücksichtigt werden.
- Öffentlichkeitsarbeit. Hierfür müssen Personen gefunden werden, denen der Umgang mit Medien nicht fremd ist.
- Starten einer Kampagne „An Bedürfnissen orientierte Mobilität“.
- Bürger-Planungsgruppen für Demonstrationsprojekte gründen.
- Gründung von gemeinnützig tätigen Mini-firmen in Kooperation mit professionellen Trägern, finanziert über einen Klimafonds beziehungsweise ein Klimakonto.
- Klimagutscheindruckkostenübernahme und Einrichtung eines Treuhandkontos zur Projektförderungsumsetzung der Ideen des Bürgerforums-durch Postkartenverkauf Klimagutschein, derzeit laufende Kunstaktion mit dem Identifikationshorizont Hunte Landschaft, zusätzlich gespeist aus einem Klimafonds – zusammengesetzt aus Spenden für die künstlerisch gestaltete Klimaaktie und der Abgabe zu zertifizierender Firmen mit der langfristigen Investitionsmöglichkeit des Klimagutscheins in Produktentwicklung, Projektentwicklung, Arbeitsplätze und Events.
- Mögliche Auftaktveranstaltung mit Arbeitgeberverbänden zur Freistellung für Projektarbeit zur Stadtentwicklung und Aufbau von Dienstleistungsangeboten.

2.2.2 Bürgervorschlag 2: Kreative, generationsübergreifende und barrierefreie Treffpunkte schaffen

Bürgerredaktion:

Manuela Schneider-Kintscher und Detlev Wiese

Kernbotschaft

Um die Stadt Oldenburg bei dem Thema generationsübergreifende und barrierefreie Treffpunkte voran zu bringen, schlagen wir vor, dass Kommunikations-/Treff-Pavillons, Kreative Spielplätze (Jung und Alt), Bühne-Kultur-Kunst, Bewegungsangebote und so weiter umgesetzt werden.

Begründung

Wir wollen damit erreichen, dass unsere Stadt Oldenburg dadurch lebendiger und attraktiver wird (Jung und Alt, gesundheitlich fit oder eingeschränkt, multikulturell) und für mehr Lebensqualität, mehr Gesundheit und mehr Gemeinschaft sorgen.

Gleichzeitig soll damit bei einer immer älter werdenden (bewegungseingeschränkten) Bevölkerung und eines technologisierten Kommunikationsverhaltens der Jugend einer zunehmenden Isolierung und Vereinsamung entgegengewirkt werden – gemeinsam statt einsam.

Vorschlag im Detail

In den Stadtteilen und teilweise in einigen Wohn-Quartieren gibt es bereits vorhandene (Grün-) Flächen und Plätze, die mehr oder weniger zeitweise von verschiedenen Menschen und Gruppen angenommen werden.

Hier gilt es, unsere Vorschläge aufzugreifen, diese Areale und vorhandenen Angebote beträchtlich zu erweitern, nezugestalten und zu optimieren und eine zukunftsweisende Form der urbanen Freizeitgestaltung angesichts der demografischen Probleme in unserer Stadt zu entwickeln.

Wo:

Folgende (Teil-) Flächen, Plätze kommen unseres Erachtens in Betracht:

Dobbenwiese, Flächen/Spielplätze im Everstener Holz, Großen Bürgerbusch, am Haarnesch, am Marschwegstadion, Grünzug am Kennedyteich, am Schulzentrum Eversten/TuS Bloherfelde, am Flötenteich, am Swarte Moor (Ofenerdiek), Osternburger Utkiek, an der Uni-

versität, am Friedrich-August-Platz, im Schloßgarten, am Harreweg in Bümmerstede, bei den ehemaligen Donnerschweer Kasernen, am ZOB, am ehemaligen Polizeibad an der Paulusschule (die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit).

Auch neue Flächen sollten mit dazu gezogen werden: Auf jeden Fall Teile des städtischen Areals des ehemaligen Flughafens.

Was:

Generationsübergreifend spielen, Brett-, Karten-, Ballspiele (zum Beispiel Badminton/Federball, Volleyball), sich bewegen und fitten (zum Beispiel asiatische Körperübungen), tanzen (auch Rollator-/Rollstuhltanz oder Sitztanz), Breakdance, (Klein-)Kunst, Laientheater, Lesungen, Poetry Slam, musizieren, singen, kommunizieren, essen und trinken, picknicken, grillen, relaxen, Geburtstage privat feiern, Lese-, Schreibwettbewerbe, kreative Workshops, basteln, Handarbeiten, interkulturell gärtnern.

Wie:

Diese (Teil-) Flächen/Plätze sind danach zu nichtkommerziell genutzten, kreativen generationsübergreifenden barrierefreien Kommunikationstreffpunkten umzugestalten und auszustatten. Mit folgender möglicher Ausstattung:

Treffpunktbüro (zum Beispiel Bürocontainer, ehemaliger Bus oder ähnliches), (mobile) Café/Gastronomie, Toilettenanlage, Abstellflächen für Räder, Kinderwagen, Rollatoren, Rollstühle, Teilüberdachung von Freiflächen, Wetterschutz, Sitzbänke und Tische, Kleinkunstabühne, Grillplätze, Picknickmöglichkeiten, seniorengerechte Möblierung, Kreativspielplätze für Alt & Jung (siehe dazu auch Spielgeräte in Spielscheunen), mit fest installierten Geräten und mobile Kreativspiele, Spielegeräte-Verleih (zum Beispiel Bälle, Karten, Figureschach, Kubb-Holzspiel, Bocciakugeln, Crocket und so weiter) beim Treffpunktbüro, Wasserspiele, Bachlauf für Kinder, Kneippbecken, Sinnengärten, Flächen zum Gärtnern, Bocciaflächen, Volleyballfelder, Klettergarten, gegebenenfalls Skaterbahn beziehungsweise Inline-, Skater-, Biker-Rundstrecke (auf jeden Fall auf Fliegerhorst).



Die Erreichbarkeit dieser Kommunikations-treffpunkte muss insbesondere für die älteren und/oder gesundheitlich eingeschränkten Bürgerinnen gewährleistet sein. Dazu wird die Einrichtung eines/mehrerer ‚Bürgerbusse/s‘ angeregt. Diese Bürgerbusse gibt es bereits in den Niederlanden und in den Umlandgemeinden (Westerstede, Rastede, Bad Zwischenahn). Diese sind speziell auf die Bedürfnisse der Nutzer (zum Beispiel Rollstühle, Kinderwagen, Rollatoren) ausgerichtet. Auch könnte das Modell des ‚Cliquenmobils‘ in der Jugendarbeit Bloherfelde als Beispiel für die Mobilität bewegungseingeschränkter Bürger und Bürgerinnen herangezogen werden, als Transportmöglichkeit von der Wohnung zum Treffpunkt und zurück. Darüber hinaus wäre die Einbindung der sozialen Dienste mit ihrem Fuhrpark denkbar. Alle Treffpunkte sollten auch mit dem öffentlichen Busverkehr der VWG erreichbar sein, die dann allerdings die Ausstattung der Busse auf diese Bedürfnisse anpassen müssten.

Die Telefon-Hotline der Treffpunkte könnte auch ein ‚Sorgentelefon‘ für Bürgerinnen und Bürger sein, denen eine ‚Barriere‘ in unserer

Stadt aufgefallen ist, um von dort eine Beseitigung dieser Barriere zu veranlassen.

Barrieren im Straßenverkehr könnten aber auch zu kurze grüne Ampelphasen, Unebenheiten, Stolperfallen, zu starke Querneigungen auf Gehwegen und fehlende Bordsteinabsenkungen sein.

Ein Besuchsdienst, speziell bei alleinstehenden älteren Menschen, sollte auf die Treffpunktaktivitäten und -angebote hinweisen, beratend tätig werden und dann auf Wunsch auch den Abholdienst zu und ab den Kommunikationspunkten organisieren.

Ein zusätzlicher Ideenwettbewerb mit Vertreterinnen und Vertretern der Sozialeinrichtungen und der Seelsorge zum Thema: ‚Gegen Vereinsamung älterer Menschen – Raus aus der Isolation‘, könnte ein zusätzlicher Beitrag zur Überwindung von Barrieren, aber auch der eigenen Antriebslosigkeit einsamer älterer Menschen sein.



Pro und Contra

Durchaus kontrovers könnte die Diskussion um die Realisierung der Treffpunkte hinsichtlich der Finanzierung geführt werden. Soll mit einem oder mit mehreren Pilotprojekten gestartet werden? Oder sollten flächendeckend in den Stadtteilen/Wohnquartieren diese Vorschläge gleichzeitig umgesetzt werden? Und überhaupt: In welchem Umfang? Das ganze Projekt ist natürlich auch eine Kostenfrage und zusätzliche Etatposten im Haushalt der Stadt sind kritisch zu hinterfragen.

Wie bei vielen Präventivmaßnahmen, lässt sich jedoch Bürgerfreundlich- oder zum Beispiel Seniorenfreundlichkeit nicht errechnen, sondern unter anderem nur mittelfristig an Zufriedenheitsumfragen und Zuzugsstatistiken erkennen.

Bei geforderter Konsolidierung des städtischen Haushalts ist aber angesichts des demografischen Wandels eine zusätzliche Wohlfühl- und Attraktivitätssteigerung der Stadt nicht außer Acht zu lassen. Hier gilt es, einen zukunftsweisenden Abwägungsprozess zu führen. Wobei zu bedenken ist, dass manche ‚halbe Sache‘ zum Scheitern verurteilt ist.

Umsetzung

Zur Realisierung unserer Vorschläge sollte sich ein Organisationsteam bilden, das es bisher in dieser Form noch nicht gibt. Der Teilnehmerkreis sollte sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung (zum Beispiel Jugendamt, Seniorenvertretung, Behindertenvertretung, Seniorenheim-Betreuer, Soziale Dienste), Vertreter von Wohlfahrtsverbänden, Sportvereinen, Kulturetage, Universität, Studentenwerk, Künstlerinitiativen, interessierten Bürgerinnen und Bürgern und so weiter zusammensetzen.

Überhaupt sollte sich das ganze Konzept in einer Form tragen, wo sich hauptamtliche Kräfte, bezahlt von Stadt und anderen Einrichtungen, mit ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern sowie Freiwilligen die Arbeit teilen. Sponsorengelder (zum Beispiel EU-Freizeitopf, regionale Firmen) sollten zusätzliche Aktionen zu diesem Vorschlag ermöglichen (Workshops, Kunst, und so weiter). Dieses Forum erarbeitet einen konkreten Realisierungsplan, aus dem sich der Umfang der Maßnahmen (gegebenenfalls modulartig) und der Kostenrahmen ergibt. Aus der Höhe der anfallenden Kosten ergibt sich dann

der Zeitplan der Umsetzung, nachdem zum Beispiel Sponsorengelder gesammelt und städtische Kosten in den Haushalt eingestellt wurden.

Mit Einrichtung eines oder mehrerer Pilotprojekte kann im laufenden Betrieb die Ausweitung dieser Treffpunkte nach und nach erweitert und verwirklicht werden.

Über eine Online-Seite der Stadt wird für diese Treffpunkte geworben. Dort soll es Hinweise auf das Programm und einen Chatraum geben. Auch können sich dort Bürger über ein ‚schwarzes Brett‘ zu Aktivitäten verabreden oder private Aktionsangebote, Spielanfragen und so weiter ankündigen. Eine Online-Map des Stadtgebietes sollte alle Treffpunkte mit ihren Angeboten detailliert darstellen.

Ein Ideenwettbewerb zur Namensfindung dieser Treffpunkte könnte ein Teil der Werbekampagne zur Beteiligung und Nutzung dieser ‚Kommunikations-Pavillons‘ sein.

Im Offenen Kanal ‚O-Eins‘ sollten diese Treffpunkte eine feste Programm-Rubrik erhalten und könnten so zusätzlich kommuniziert werden.

In den jeweiligen Treffpunktbüros sollte auf jeden Fall eine Telefon-Hotline für die Bürger und Bürgerinnen eingerichtet werden, die keinen PC oder ähnliches besitzen.

PS: Wie im Auftakt-Workshop vereinbart, ist das hier detailliert aufgeführte Thema (kreative, generationsübergreifende, barrierefreie Treffpunkte) und das Thema (Interkulturelle generationsübergreifende Kommunikation) während der Online-Phase zusammengefasst worden. Alle Vorschläge dieser Themen sind daher hier aufgeführt worden, so dass die Anzahl der Unterstützer beider Arbeitsgruppen addiert werden muss.

2.2.3 Bürgervorschlag 3: Interkulturelle generationsübergreifende Kommunikation

Bürgerredaktion:

Johanna Erfeling und Detlev Wiese

Kernbotschaft

Um die Stadt Oldenburg bei dem Thema interkulturelle generationsübergreifende

Kommunikation voran zu bringen, schlagen wir vor, dass Plätze geschaffen werden, die die Begegnungen aller Bevölkerungsgruppen ermöglichen.

Begründung

Wir wollen damit erreichen, dass Oldenburgerinnen und Oldenburger vielfältige und naturnahe Möglichkeiten der Begegnung bekommen, für Spiel, Bewegung, Bildung und Kommunikation.

Vorschlag im Detail

Unser Vorschlag setzt auf folgende Bausteine:

- Plätze im Zentrum und allen Stadtteilen: nicht kommerziell und barrierefrei.
- Kostengünstige beziehungsweise kostenfreie Transportmöglichkeiten zu den Plätzen.
- Ehrenamtliche Pflege und Organisation der Treffpunkte.
- Zentrale Kontaktstelle (Telefon/E-Mail/Homepage) bei der Stadtverwaltung Oldenburg.

Pro und Contra

Eine „ehrenamtliche Pflege und Organisation der Treffpunkte“ ist sicher durchaus wünschenswert, aber aus meiner Sicht nicht ausreichend! Hier sind auch die Stadt mit ihren Ämtern (Gartenamt, Jugendamt und so weiter), Oldenburger (Sport-) Vereine und andere gefordert (zum Beispiel Universität). Bei der Realisierung dieser „Treffpunkte“ sind absolut neue Wege zu gehen und Pflege- und Organisationsformen zu bilden, die es bisher noch nicht gibt.

Umsetzung

Zusammenfassung siehe bei Thema 1: kreative generationsübergreifende barrierefreie Treffpunkte. Dieses Thema (interkulturelle generationsübergreifende Kommunikation) und das Thema 1 sind ziemlich deckungsgleich. Alle Antworten und Kommentare (13 Stück) sind im Wesentlichen in das Gesamtergebnis des Themas 1 (35 Antworten und Kommentare) eingeflossen und fanden im Resümee Platz. Aus diesem Grund wird an dieser Stelle auf eine ausführliche Darstellung verzichtet.

2.3 Themenausschuss 3: Soziales und Gesundheit

Auftaktwerkstatt: Josef Roß, Christiane Kern, Claudia Fischer, Anja Schröder, Dr. Wolfgang Heindl, Ursula Höpken, Hajo Buthmann, Petra-Susanne Krampe, Ilyas Yanc, Brunhilde Becker, Christa Rathkamp, Agnieszka Adamczak-Waschow, Martin Schuster, Gerd Pommer, Frauke Wiedermann, Katja Steinkampf, Susanne Möller, Wilhelm Schlömer, Johann Oetken, Susanne Müller, Regine Harms, Agnieszka Pröfrock, Ingrid Poppe, Inge Westermann, Kalas Irina, Hans-Jürgen Middendorf, MOUSA MAZIDI

2.3.1 Bürgervorschlag 1: Inklusion – Vielfalt sichtbar machen

Bürgerredaktion:
Susanne Müller und Christiane Kern

Kernbotschaft

Um die Stadt Oldenburg bei dem Thema Inklusion voran zu bringen, schlagen wir vor, dass nötige Strukturen geschaffen werden, um eine intensivere Vernetzung aller interessierten Bürger und Bürgerinnen zu ermöglichen und ein Abbild der Vielfalt von Olden-

burg aufzuzeigen. Es muss erreicht werden, dass alle Menschen in der Stadt ihr Leben unabhängig von ihren individuellen Möglichkeiten aktiv gestalten und beeinflussen können.

Begründung

Wir wollen damit erreichen, dass die Lebenssituation verbessert wird durch Information, Prävention und Hilfsangebote je nach Bedarf. Der Reichtum durch die Vielfalt macht unsere Stadt zur Übermorgenstadt.

Vorschlag im Detail

Unser Vorschlag setzt auf folgende Bausteine:

- Genossenschaften (Altersgruppen verbinden, zum Beispiel Großelternprojekt, Sportprojekte).
- Aufsuchende Beratung und Information.
- Treffpunkte schaffen im Quartier.
- Kostenlose Kinderbetreuung, Patenschaften für Demenzkranke, Wohnen für Hilfe

Umsetzung

- Bei der Arbeitsplatzvergabe soll sich die Vielfalt der Oldenburger Bürgerinnen und Bürger widerspiegeln.

- Organisation von Mikroprojekten, die alle Menschen zusammenbringen.
- Niedrigschwellige und barrierefreie Orte und Räume schaffen.

2.3.2 Bürgervorschlag 2: Aufsuchende Beratung

Bürgerredaktion:

Martin Schuster und Anja Schröder

Kernbotschaft

Um die Stadt Oldenburg bei dem Thema aufsuchende Beratung voran zu bringen, schlagen wir vor, dass zu bestimmten Lebensabschnitten (Geburt, Zuzug, Pflegebedürftigkeit, Alter und so weiter) Hausbesuche durchgeführt werden. Wichtig ist: Informationsvermittlung, Bedarfserhebung, Rückmeldung an die Stadt sowie Einbezug von Migrantinnen und Migranten.

Begründung

Wir wollen damit erreichen, dass Beratungs- und Unterstützungsangebote allen Menschen zugänglich sind, vermittelt werden und das Bedarfe in allen Lebensabschnitten ermittelt werden!

Vorschlag im Detail

Unser Vorschlag setzt auf folgende Bausteine:

- Hausbesuche durch geschulte Kräfte, möglichst Stadtteilbezug
- Haupt- und „Ehrenamtliche“ besuchen die Menschen in ihren Wohnungen und Häusern und stellen sich vor und bringen eine Angebotsmappe mit. Darin befinden sich alle Informationen zum Lebensabschnitt, die die Stadt, Vereine et cetera vorhalten. Darin befinden sich dann auch die Adresse, Öffnungszeiten und Ansprechpartner der Quartierszentren.
- Vernetzung, um tatsächlich viele Menschen erreichen zu können (Suchthilfe und so weiter) Umsetzung auf Freiwilligenbasis, da der Datenschutz und die Persönlichkeitsrechte nicht verletzt werden dürfen!
- Wichtig ist ein gut funktionierendes Netzwerk an Ehrenamtlichen, Fachkräften und Fachleuten, die in einem engen Kontakt zueinander stehen und die Infomappen weiterentwickeln, um vielleicht noch nicht einbezogene Lebensabschnitte zu erkennen und aufzugreifen.

- Verantwortlichkeit der Stadt „Proklamation“ + Auswertung.
- Zum Beispiel Beratung über Betreuungsangebote für Kinder in jedem Alter (auch nachmittags).

Pro und Contra

Pro:

- Schnittstelle zwischen Behörden, Ämtern und anderen Einrichtungen,
- direkte Ansprechpersonen,
- Beratung im häuslichen Umfeld,
- eventuell fehlender Zeitdruck,
- erweiterbares Infomaterial,
- zielorientierte Informationen.

Contra:

- Immenser Aufwand, der ohne ein gut funktionierendes Netz an „Mitmachern“ nicht funktionieren wird.
- Über aufsuchende Beratung können gerade Menschen erreicht werden, die noch nicht gut informiert und eingebunden sind, egal welcher Herkunft oder welchem Stand sie angehören.
- Infomappen in mehrsprachiger Ausführung.

Umsetzung

Über aufsuchende Beratung können gerade Menschen erreicht werden, die noch nicht gut informiert und eingebunden sind.

Es wird Haupt- und Ehrenamtliche geben. Diese besuchen die Menschen in ihren Wohnungen und Häusern, stellen sich vor und bringen eine Angebotsmappe mit. Darin befinden sich alle Informationen zum Lebensabschnitt, die die Stadt, Vereine und so weiter vorhalten. Darin befinden sich dann auch die Adresse, Öffnungszeiten und Ansprechpartner der Quartierszentren. Wichtig erschien auch die Beratung über Betreuungsangebote für Kinder, die auch nachmittags stattfinden kann.

Thema Infomappen: Ein absolutes Minimum sollte eine Auflistung von Ansprechpersonen und Beratungsmöglichkeiten zum jeweiligen Lebensabschnitt sein. Dazu müssten sich im Vorfeld Fachleute Gedanken machen, welche Ereignisse wichtig werden könnten. Bei Menschen ab 65 könnten das Hinweise sein zum Thema Pflege oder Wohnen. Neben

Adressen wären sicherlich auch Basis-Sachinformationen wichtig, so zu Grundlagen der Inanspruchnahme von Hilfen (wann steht mir welche Unterstützung zu). Die Mappen sollten nicht zu ausführlich sein, sie sollen keine persönliche Beratung ersetzen, sondern einen Überblick vermitteln, was an Unterstützung möglich ist. Folgen sollte dann bei Bedarf die Kontaktaufnahme mit Fachleuten.

Koordiniert wird das Angebot von einer zentralen Stelle in der Stadtverwaltung oder in den Stadtteilzentren, die im Blick behalten, welche Mitarbeiterin und welche Mitarbeiter geschult wurden, wer wen besucht und so weiter. Weiterhin wird darauf geachtet, welcher zu Besuchende das Angebot nutzt. Ein Qualitätsmanagement muss etabliert werden (wie erreiche ich die meisten Menschen, welche Kompetenzen braucht ein Berater, wie wird das Ganze dokumentiert, stetige Entwicklung der Infomappen und so weiter). An die Koordinationsstelle kann man sich auch bei Fragen wenden.

Eine Zusammenarbeit mit der Agentur :ehrensache ist wünschenswert, um die Menschen zu erreichen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen. Es soll regelmäßige Infos und Inserate in der Nordwest-Zeitung geben. Über einen Facebook-Account sollte nachgedacht werden, da dann auch jüngere Menschen erreicht werden, und wenn dort jemand mit der Kompetenz mehrere Sprachen zu sprechen ist, der die Seite betreuen würde, ist eine Barriere bereits abgebaut.

Wichtig ist die Vernetzung mit Beratungsstellen, Suchthilfe, Behindertenbeirat, IBIS e. V. et cetera, um tatsächlich viele Menschen erreichen zu können. Umsetzung auf Freiwilligenbasis, da der Datenschutz und die Persönlichkeitsrechte nicht verletzt werden dürfen!

Es muss Workshops beziehungsweise Schulungen geben, damit die Menschen, die in der aufsuchenden Beratung tätig sein wollen, über ihre Rechte und Pflichten Bescheid wissen (Versicherung, Stundenanzahl, Vergütung, Zuverlässigkeit, Schweigepflicht et cetera müssen Themen sein).



Foto: Peter Duddek

Zuhause.

Aufsuchend beraten wird bei:

- Zuzug,
- Geburt eines Kindes,
- Austritt aus dem Berufsleben,
- Verlust der Partnerin oder des Partners,
- Pflegebedürftigkeit bei Angehörigen,
- Erkrankung,
- Berufsausbildung,
- Häusliche Sterbebegleitung von Angehörigen,
- Betreuung von Angehörigen mit Behinderung,
- Menschen die keine Angehörige mehr haben und sich nicht mehr selbst (im vollen oder Teilumfang) um ihre Angelegenheiten (wie Behördengänge und so weiter) kümmern können.

2.3.3 Bürgervorschlag 3: „Hier ist meine Heimat, da bin ich zu Haus“

Bürgerredaktion:

Martin Schuster und Inge Westermann

Kernbotschaft

Wir möchten über eine interaktive Mitmach-Ausstellung zum Thema „Heimat und Stadtteil“ Stadtteiltreffs für alle Bewohnerinnen und Bewohner zu einem informellen Treffpunkt und Begegnungsort machen.

Begründung

Stadtteiltreffs sind zu wenig im Bewusstsein der Stadtteilbewohner und -bewohnerinnen. Sie bergen die Gefahr, dass sich dort eher „Problemgruppen“ aus dem Stadtteil treffen. Die Ausstellung soll dazu beitragen, die vorhandenen (und zukünftigen) Stadtteiltreffs für alle zu einem informellen Treffpunkt und Begegnungsort zu machen. Mit der interaktiven Ausstellung „Heimat und Stadtteil“ wollen wir den anfänglichen Vorschlag „Soziale Quartiersentwicklung“ konkretisieren und die Stadt Oldenburg in dem Aufgabenbereich „Soziales und Gesundheit“ unterstützen.

Eine interaktive Ausstellung mit dem Thema „Heimat und Stadtteil“:

- ... fördert die Begegnung zwischen Jung und Alt.
- ... regt Menschen an, darüber nachzudenken: „Wohne ich gerne in meinem Stadtteil und warum?“
- ... fördert die Identifikation mit dem Stadtteil.
- ... macht den Stadtteiltreff zu einem attrak-

tiven Ort, wo man gerne mal vorbeischaut.

- ... ist mit einem Angebot an günstigen Getränken auch für Menschen mit geringem Einkommen attraktiv.
- ... fördert die Kreativität.
- ... gibt der Stadt Oldenburg Rückmeldung von den Bewohnerinnen und Bewohnern eines Stadtteils zu den Fragen: Was finde ich gut? Was fehlt mir, um mich heimisch zu fühlen?
- ... verringert Vereinsamung und unterstützt die seelische Gesundheit der Teilnehmenden und Besucherinnen und Besuchern.
- ... ist nachhaltig, denn der Stadtteiltreff bleibt. Dann gibt es neue Projekte!

Vorschlag im Detail

Wir kennen uns mit den heutigen Möglichkeiten und Anforderungen an eine interaktive Mitmach-Ausstellung nicht so gut aus. Darum ein paar Stichworte, eher als Fragen formuliert:

- Mindestens ein halbes Jahr sollte die Ausstellung sein
- Einsatz verschiedener Medien
- Es gibt eine Eröffnungsveranstaltung und eine Art „Vernissage“ am Schluss mit Teilnehmenden aus Politik und Medien und den interessierten Menschen im Stadtteil.
- ...?

Pro und Contra

Man bräuchte wohl zwei hauptamtliche Personen, die die Ausstellung vorbereiten und durchführen und verschriftlichen. Ehrenamtliche Helfer müssten „akquiriert“ werden. Ein typischer Einwand wäre „kein Geld“. Ist dies so?

- Möglicherweise sind im Stadtteiltreff bereits Hauptamtliche, die Interesse an der Umsetzung eines solchen Projektes haben.
- Die Anstellung von Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeitern, die eine entsprechende Ausbildung haben, aber möglicherweise arbeitssuchend sind, schafft Arbeitsplätze und damit Gesundheit.
- Im Stadtteiltreff könnte sich bei mehr Zulauf ein kleines privates Cafe etablieren (Schaffung von Arbeitsplätzen, Förderung der Wirtschaft).
- Wir leben länger, die Singlehaushalte nehmen zu – wenn wir nicht jetzt präventive

und gesundheitsfördernde Angebote im Stadtteil machen, wird es der Gesellschaft irgendwann sehr viel Geld kosten: Depressionen, Alkoholismus, mögliche Gewalt und so weiter

- Wir hatten leider keine Zeit uns mit Gegenbeispielen zu beschäftigen. Aber wir sind sicher: es gibt sie, zum Beispiel in Groningen.

Umsetzung

Wer könnte an der Umsetzung mitwirken?

- Im Rahmen der Online-Diskussion haben sich bereits drei Interessierte gefunden, die bereit wären, eine temporäre Stadtteiltreff-Gruppe zu gründen, um zunächst einmal die bestehenden Stadtteiltreffs zu besuchen. Bei diesen Besuchen könnte man die Idee einer interaktiven Ausstellung „Heimat und Stadtteil“ vorstellen.
- Zwei Projektmitarbeiterinnen oder -mitarbeiter (siehe pro und contra).
- Interessierte Politiker.
- Stadtplanungsamt.
- Ehrenamtliche, die Freude an so einem Thema haben.
- Praktikanten, die die Ausstellung im Rahmen ihres Projektberichtes/Hausarbeit verschriftlichen wollen.



2.4 Themenausschuss 4: Arbeit und Beschäftigung

Auftaktwerkstatt: Liane Rudolf, Werner Jasper, Kathrin Würdemann, Nadine Andreßen B.A., Nejra Drljevic, Ole Dittmar, Detlef Lutter, Ute Dirks, Dirk Boshoven, sonja schnurre, Uwe van der Ploeg, Christian Freericks, Cecilia Ramirez, Ngassa Bernard, Peter Troschel, Mirja Richter

2.4.1 Bürgervorschlag 1: Schaffung sozialer Netzwerke

Bürgerredaktion: Nadine Andreßen

Kernbotschaft

Dem Ausschuss geht es in nachfolgend dargestellten Bürgervorschlag um zwei wesentliche Punkte. Es sollen soziale Beschäftigungsformen gefördert und geschaffen werden und es soll eine Lösung entstehen, die berufstätige Familien in Betreuungsausfällen von Kindern und Pflegebedürftigen durch soziale Netzwerke unterstützen kann. Um die Stadt Oldenburg bei dem Thema Schaffung a) sozialer Beschäftigungsformen und b) sozialer Netzwerke für Betreuungsausfälle voranzubringen, schlagen wir vor, dass 1.) Anlaufstellen in den Stadtteilen in Kooperation mit den bereits vorhandenen „Gemeindehäusern“ eingerichtet werden und 2.) ein Netzwerk für Betreuungsausfälle bei Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen geschaffen wird. Es handelt sich hier nicht um eine wissenschaftliche Ausarbeitung, sondern um eine Sammlung der Gedanken und Ideen von kreativen engagierten Bürgerinnen und Bürgern Oldenburgs.

Begründung

Wir möchten mit unserem Bürgerbegehren erreichen, dass benachteiligten Menschen der Zugang zu Beschäftigung erleichtert wird. Jeder Mensch zieht aus seiner Arbeit oder seiner sozialen Tätigkeit eine Form des Selbstwertgefühls und soziale Anerkennung. Wer auf dem Arbeitsmarkt zunächst keine Chance hat, sollte wenigstens eine Gelegenheit erhalten, einer sozialen (ehrenamtlichen) Tätigkeit nachzugehen. Die Doppelbelastung der Mütter/Familien soll verringert werden und die Familien sollen nicht alleine gelassen werden.

Vorschlag im Detail

Der erarbeitete Vorschlag setzt im Detail auf die Bausteine Engagement von Studierenden, Nichterwerbstätigen und Senioren. Weiter erhoffen wir eine Unterstützung aus der Wirtschaft in Form von Stiftungsgründungen.

a) Soziale Beschäftigungsformen:

Es ist sehr unterschiedlich, was unter einer sozialen Beschäftigungsform verstanden werden kann. Im Ausschuss wurde erörtert, was den Oldenburgerinnen und Oldenburgern wichtig erschien und wie eine Umsetzung erfolgen könnte.

Der Ausschuss Arbeit und Beschäftigung versteht unter sozialen Beschäftigungsformen die Vermittlung ehrenamtlicher Tätigkeiten in den Stadtteilen, insbesondere mit der Integration und Vernetzung von Menschen mit einer Behinderung, Migranten und Senioren. Es wurde auch die Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes mit sogenannten 1 Euro-Jobs, Jobs nach SGB XII sowie Jobs als Honorarkräfte angedacht. Der Wunsch nach der Gründung von künstlerischen oder handwerklichen Werkstätten in Form von Arbeitsprojekten wurde geäußert.

Weiter wurde angeregt, psychisch Kranke, die als Genesungsbegleitung ausgebildet wurden, – Ex-In – als Hilfsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern in Einrichtungen für psychisch Kranke zu beschäftigen. Dieses Beispiel wird in anderen Ländern schon seit einigen Jahren mit Erfolg umgesetzt. In Deutschland sind bisher keine Umsetzungen dieser Art üblich. Die Tätigkeit könnte von den psychisch kranken Personen immer nach eigenem Ermessen erfolgen.

Daneben wünschen sich die Ausschussmitglieder zentrale Anlaufstellen, die im Internet aufzufinden sind. Folgende Internetadresse soll als Beispiel fungieren: www.gutehilfe.de/hauptmenu/assistentz/folgende-personen-und-einrichtungen-bieten-assistentzleistungen-an.html

Außerdem verweisen die Bürgerinnen und Bürger auf ein Projekt, das in Bremen durchgeführt wird. Es nennt sich „Die blaue Karawane“ (www.blauekarawane.de). Dort wird eine Werkstatt betrieben, in der die Teilnehmenden auch in Form von sogenanntem

Motivationsgeld entlohnt werden, welches von vollerwerbsgeminderten Sozialleistungsbeziehern sowie Rentnerinnen und Rentnern bezogen werden kann. Das Angebot gilt ebenso für Personen, die Leistungen nach dem ALG II beziehen. Neben künstlerischen Werkstätten wird im Rahmen des Projektes ein Café von benachteiligten Personengruppen betrieben. Das beschriebene Programm ist für seelisch behinderte Personen besonders geeignet und speziell für diese konzipiert (weitere Personengruppen jedoch nicht ausgeschlossen). Das Netzwerk „Die blaue Karawane“ bildet eine Plattform für künstlerisch oder handwerklich Begabte sowie für weitere Interessierte.

Pro und Contra

Wer soll das bezahlen? Kennen Sie eventuell Finanzierungsquellen?

Als Finanzierungsquellen hat der Ausschuss folgende genannt:

- europäische Sozialfonds,
- Stiftungen,
- Mitgliedsbeiträge,
- Fördermitgliedschaften,
- Spenden,
- Gelder des kommunalen Haushaltes.

Wie verstehen Sie die Entwicklung der alternden Belegschaften und welche Folgen beziehungsweise Anforderung ergeben sich Ihrer Meinung nach für die Gesundheit am Arbeitsplatz, die Erhaltung des Fachwissens und die neuen Formen der Weiterbildung?

Wir stehen vor einer großen Herausforderung, den demografischen Wandel zu gestalten. Jedoch sollte der Wandel als Chance und nicht als Gefahr dargestellt werden. Für die Gesundheit am Arbeitsplatz ergibt sich, dass Präventions- und Sportprogramme entwickelt und umgesetzt werden sollen. Sport und Bewegung sowie gesunde Ernährung sind ein wichtiger Bestandteil für die Gesundheit und die berufliche Leistungsfähigkeit. Die Weiterbildung von langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist unerlässlich. Für die ältere Belegschaft sollte es kurz vor dem Renteneintritt mehr Teilzeitangebote geben. Ein abruptes Arbeitsende für Berufstätige ist ein gravierender Einschnitt und wäre eventuell leichter zu gestalten, wenn dieser Prozess stu-

fenweise erfolgen könnte. Um beispielsweise das Wissen im Handwerk zu erhalten, könnten engagierte „Altmeister“ für Jugendförderprojekte begeistern. Denn gerade in diesem Bereich geht derzeit viel Wissen verloren, da im Handwerk die Wissensvermittlung durch die Abbilddidaktik erfolgt. Also „vormachen, nachmachen, üben“!

Umsetzung

b) Soziale Netzwerke zum Auffangen von Betreuungsausfällen

Familien müssen nicht selten neben dem Betreuen der eigenen Kinder und der Erwerbstätigkeit auch die eigenen Eltern pflegen. Es ist zu erwarten, dass sich immer mehr Familien dieser Herausforderung stellen müssen. Der Ausschuss hat sich dieser Problematik angenommen. Es wurden Ideen zusammengefasst, wie dieses Vorhaben gelingen kann.

Dazu wurde dargelegt, dass eventuell die Akteure, welche das freiwillige soziale Jahr in Oldenburg betreuen, bei einer Umsetzung hilfreich sein könnten. Die Internetrecherche ergab folgende Adressen:

- www.dw-ol.de/index.asp?ID=17467
- www.awo-ol.de/Einrichtungen/FSJ
- www.johanniter.de/die-johanniter/johanniter-unfall-hilfe/juh-vor-ort/landesverband-niedersachsenbremen/verbaende-vor-ort/weser-ems/oldenburg/ehrenamt/freiwilliges-soziales-jahr-fsj-in-oldenburg

Weiter hat der Ausschuss thematisiert, welche Anlaufstellen schon existieren. Der Wunsch nach der Einrichtung, die im Internet abrufbar ist, wurde deutlich. Als Beispiel wurde folgende Seite genannt: www.gutehilfe.de/hauptmenu/assistenz/folgende-personen-und-einrichtungen-bieten-assistenzleistungen-an.html

Weiter wurde vorgeschlagen, Studierende für soziale Projekte der Kinderbetreuung in „Randzeiten“ und Ferienzeiten zu begeistern. Studierende können natürlich nicht die qualifizierte Erzieherin ersetzen, aber sie können Familien sehr helfen. Es gibt derzeit an der Universität Oldenburg ein Modul in den Forschungsmethoden der Erziehungs- und Bildungswissenschaften. Es handelt vom Lernen durch Engagement! Näheres hier: www.uni-oldenburg.de/paedagogik/forschungsmethoden/aktuelles

Der programmverantwortliche Hochschul-lehrer ist: Prof. Dr. Karsten Speck. Mitverant-wortliche Personen: Dipl.-Soz. Michael Viertel, Dipl.-Päd. Verena Gerdes und die Agentur :ehrensache der Stadt Oldenburg. Die Ziele des Moduls/Kompetenzen für Studierende sind die Verknüpfung des universitären Lernens mit gemeinnützigem Engagement.

Die Ausschussmitglieder sind der Überzeu-gung, dass Oldenburg den Ausbau eines solchen Netzwerks wie die Agentur :ehrensache braucht. Ausgedehntere Information hier: www.nwzonline.de/oldenburg/wirtschaft/stadt-beraet-kuenftige-ehrenamtliche-in-stadtteilen_a_2,0,786227453.html

Ergänzend wird auf den Verein zur Kinderbe-treuung e. V. hingewiesen. Siehe hier www.kinderbetreuung-ol.de

Das Netzwerk wird als große Bereicherung für Familien gesehen. Leider müssen Eltern eine Aufwandsentschädigung finanzieren, was Familien weiter belastet; zudem sind sie steuerlich nicht absetzbar. Es wäre schön, wenn da die Stadt Mittel zu Verfügung stellen könnte. Weiter wären eine Digitalisierung des Netzwerkes und ein Ausbau des Bekannt-heitsgrads hilfreich.

Außerdem stellte sich der Ausschuss die Frage, wie Familien gezielt entlastet werden können. Der Wunsch nach einem Erholungs-ort wurde thematisiert.

Es wäre schön, wenn Oldenburg eine Erho-lungsmöglichkeit für Familien schaffen würde. So etwas wie in der Art der Kurzzeitpflege.

Siehe hier: www.nwzonline.de/oldenburg/kultur/kurzzeitpflege-entlastet-eltern-behin-derter-kinder_a_13,6,52023897.html

Der Ausschuss begründet dies damit, dass auch Familien, die kein pflegebedürftiges Kind zu Hause haben, mit der Betreuung der eigenen Kinder und der parallelen Berufstät-igkeit häufig an die Grenzen der Belastbarkeit stoßen und eine Erholung unabdingbar für den Fortbestand der Familie ist.

Der Ausschuss erwägt eine mögliche Finan-zierung durch Stiftungsgelder oder Gründung einer Stiftung von Oldenburger Unternehmen zum Schutz der Familien.

Pro soziale Netzwerke zum Auffangen von Betreuungsausfällen:

- Schutz der Familien,
- Arbeitgeber haben weniger Ausfälle der Beschäftigten,
- Förderung der Gleichberechtigung auch mit Hinblick auf die Millenniumziele der Vereinten Nationen 2015 „Gleichstellung der Geschlechter/Stärkung der Rolle der Frauen“,
- Erhaltung der Gesundheit der Frauen,
- Förderung des sozialen Miteinanders und Kostenersparnisse.

2.4.2 Bürgervorschlag 2: Arbeitgeber zum Thema demografische Entwicklung und Vielfalt sensibilisieren.

Bürgerredaktion: Nejra Drljevic

Kernbotschaft

Um die Stadt Oldenburg bei dem Thema Arbeit und Beschäftigung voran zu bringen, schlagen wir vor, dass Arbeitgeber und relevante Akteure im Arbeitsmarktsektor zum Thema „Demografie“ (inklusive Vielfalt) ge-schult/sensibilisiert werden.

Die Sensibilisierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Rentenversicherungen, Sozialämter, Jobcenter und Arbeitsämter sind mindestens genauso so wichtig, um einen gleichwertigen Zugang zum Arbeitsmarkt für alle benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu schaffen.

Begründung

Wir wollen damit erreichen, dass alle Men-schen unabhängig von ihren „Merkmalen“ einen gleichberechtigten Zugang zu Arbeit und Beschäftigung erhalten.

In vielen Studien und in der Fachliteratur wird darauf hingewiesen, dass der Zugang zur Arbeitswelt für viele Menschen mit Hürden verbunden ist. Dies liegt oft nicht an ihren Qualifikationen sondern eher an den Merkma-len, die sie mitbringen.

Merkmale können sein:

- Alter,
- Herkunft,
- Hautfarbe,
- Religion/Religiöse Symbole,
- Behinderung,
- Geschlecht,
- Sexuelle Identität,
- Sexuelle Orientierung,

Viele Menschen, werden aufgrund ihrer Merkmale beim Zugang zur Arbeitswelt benachteiligt. Bereits beim Eingang der Bewerbung entscheidet oft nicht die Qualifikation. Flüchtlinge sind im Arbeitsmarktsektor besonders benachteiligt. Gesetzliche Arbeitseinschränkungen oder Ausbildungsverbote werden verhängt. Wenn sie eine Arbeitserlaubnis erhalten, ist es für Flüchtlinge auch aufgrund von Vorurteilen schwierig eine geeignete Beschäftigung zu finden. Arbeitgeber müssten für die besondere Situation der Flüchtlinge sensibilisiert werden.

In der Gesamtheit ist es ausschlaggebend, die Andersartigkeit wertzuschätzen, wahrzunehmen und zu akzeptieren. Potentielle Beschäftigte sollten nicht auf Defizite, Makel oder Schwächen reduziert werden.

Diese Sichtweise erschließt ein hohes Arbeitsmarktpotential von derzeit oft vom allgemeinen bezahlten Arbeitsmarkt ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen, die Stigmatisierungen ausgesetzt werden. Nicht die Suche nach den Einschränkungen sollte unsere Suche bestimmen, sondern die Suche nach den Fähigkeiten.

Vorschlag im Detail

Unser Vorschlag setzt auf folgende Bausteine:

- Verpflichtende Schulungen (Einbindung von positiven Beispielen), mindestens einmal im Jahr zum Thema „Vielfalt und Diskriminierung“.
- Initiierung von einer Arbeitsgruppe mit Vertretern von Randgruppen und zum Beispiel IHK, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, Gewerkschaften und dem Demografiebeauftragten.
- Bei hauptberuflichen Stellen im Dienstleistungsbereich gibt es häufig Tätigkeiten, die „nebenbei“ erledigt werden müssen, jedoch keine hohe Qualifikation erfordern und nach kurzer Einweisung erledigt werden können. Dort jemanden zeitweise einzusetzen, quasi als bezahltes Praktikum, könnte dazu führen, dass weitere „Nebenjobs“ in diesem Betrieb entdeckt werden.
- Die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber auf die Möglichkeit von Leistungsschwankungen und Leistungsminderungen aufmerksam machen.
- Es sollten Arbeitsplätze mit einfachen Tä-

tigkeiten geschaffen und Arbeitsprozesse verändern werden, so dass sie mit Hilfe von Jobcoaching leichter zu bewältigen sind.

- Aufklärungskampagnen und Anti-Stigmakampagnen fördern und initiieren.
- Lockerung (Ermessensspielraum schaffen) für den Zugang zur Beschäftigung bei Flüchtlingen.

3 Mitwirkende der Auftakt- und Online-Werkstatt

Marianne Brandt, Thomas Hinne, Karin Kleinefeld, Ulrich Mees, Marion Göhler, Jan Kalkmann, Uwe Erbel, Sigrun Spaeth, Wiebke Swart, Günter Kositzki, Peter von der Dovenmühle, Karin Müter, Carmen Tietjen-Müller, Angela Exner-Wallmeier, Margitta Terborg, Paul Behrens, Volker paulo, Thomas Myslik, Nicole Wiegand, Franziska Breul, Simon Timmermanns, Rolf Bunjes, Martin Kubis, Helga Wilhelmer, Marion Kracke, Jutta Kahlke, Hans-Jörg Gastmann, Marie-Claire Lange, Anja Kolditz, Ute Kaerner, Marlis Behrens, Marianne Garbe, Detlev Wiese, Ute Puls, Johanna Erfeling, Imke Brumund, Taibe (Mahbubeh) Mehrabani, Frank Fokke Eden, Meike Dittmar, Hans-Richard, Schwartz, Rudolf Terborg, Gunnar Helms, Manfred Mordfeld, Michael Stadler, Manuela Schneider-Kintscher, Christiane Hagemann, Axel Kassner, Josef Roß, Christiane Kern, Claudia Fischer, Anja Schröder, Dr. Wolfgang Heindl, Ursula Höpken, Hajo Buthmann, Petra-Susanne Krampe, Ilyas Yanc, Brunhilde Becker, Christa Rathkamp, Agnieszka Adamczak-Waschow, Martin Schuster, Gerd Pommer, Frauke Wierdermann, Katja Steinkampf, Susanne Möller, Wilhelm Schlömer, Johann Oetken, Susanne Müller, Regine Harms, Agnieszka Pröfrock,

Ingrid Poppe, Inge Westermann, Kalas Irina, Hans-Jürgen Middendorf, MOUSA MAZIDI, Liane Rudolf, Werner Jasper, Kathrin Würdemann, Nadine Andreßen B.A., Nejra Drljevic, Ole Dittmar, Detlef Lutter, Ute Dirks, Dirk Boshoven, Sonja Claudia Nuxoll, Norbert Korallus, Thorsten Logemann, Thomas Betten, Tim Streit, Giuseppina Giordano, Michael Arndt, Marco Schmidt, Michael Harms, Rita Wick, Marlene Dirks, Petra Possekel, Arnd Sensenschmidt, Michaela Völker, Annika Schulte, Monika Adamaszek, Sonja Steinker, Wilke Brüning, Ulrich Schleppegrell, Stephan Siemer, Heinz-Werner Einhoff, Martin Cousin, Ina Gean, Joseph Hinners, Andrey Struzh, Joe Wagener, Ingeborg Böning, Anni Korte, Karin Rudzik, Behindertenbeirat Stadt Oldenburg, Renate Strecker, Monika Klumpe, Manfred Schulz, Dr. Achim Walter, Matthias Trenel, Michelle Ruesch, Ulrike Heins, Eka Oehne, Horst Kellner, Melanie Reiners, Siegfried Schliedermann, Ralph-Peter Müller, Egon Schulz, Jörg Meier, Kai Willer, Kathrin Schröder, Wolfgang Weinert, Andrey Struzh, Hilka Schäfer, Sonja Nienburg, Charlotte Kobert, Johanna Kerber

Die Auflistung der Namen (inklusive der Schreibweise) der Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Text erfolgte auf Basis der Onlineanmeldungen.





STADT OLDENBURG^{i.O.}